

mandant, Brigadegeneral Lançon, ferner waren anwesend der sowjetische Kommandant, Generalmajor Kotikow, der amerikanische Kommandant, Generalmajor Keating, und Brigadier Hinde in Vertretung des britischen Kommandanten, Generalmajor Nares.

Die Kommandanten wiesen den Oberbürgermeister an, die erhöhten Dienstbezüge der nach den Gruppen 7—10 besoldeten Polizeibeamten mit Wirkung vom 1. Mai 1946 in Kraft treten zu lassen.

Die Kommandanten ermächtigten den Oberbürgermeister, eine Gebühr von 20 Pfennig pro Tonne Kohle zur Deckung der Ausgaben der Berliner zentralen Kohlenorganisation einzuführen. Diese Gebühr ist von allen Verbrauchern in Berlin zu tragen.

Die Kommandanten billigten eine Versammlung der Jugend von Groß-Berlin. Der Jugendausschuß des Magistrats wird einen Tag im Juni für die Abhaltung der Versammlung bestimmen.

Die Kommandanten beauftragten den Oberbürgermeister, die Maßnahmen zur Bekämpfung der Verbreitung von Geschlechtskrankheiten unter der Berliner Bevölkerung zu verschärfen.

Die Kommandanten beauftragten den Oberbürgermeister, die aus der außerordentlichen Wohnungsknappheit und den jetzigen Einschränkungen in der Ausgabe von Lebensmittelkarten entstehenden Schwierigkeiten weitgehendst unter der Berliner Bevölkerung bekanntzumachen. Der Zweck dieser Bekanntmachung ist, den Zuzug von Deutschen aus den Zonen nach Berlin zu verhüten.

Die Kommandanten genehmigten die vom Jugendausschuß des Magistrats abzuhaltende Sommer-Sonnenwendfeier. Sie billigten die Ansehung dieser Feier für die Nacht vom 22. zum 23. Juni 1946.

Kommuniqué

39. (17. im Jahre 1946) Sitzung der Alliierten Kommandantur der Stadt Berlin

Am 25. Juni 1946 fand unter dem Vorsitz des französischen Kommandanten, Brigadegeneral Lançon, die 39. (17.) Sitzung der Alliierten Kommandantur der Stadt Berlin statt.

Auf der Sitzung waren der sowjetische Kommandant, Generalmajor Kotikow, der amerikanische Kommandant, Generalmajor Keating, und Brigadier Hinde in Vertretung des britischen Kommandanten, Generalmajor Nares, anwesend.

Die Kommandanten erörterten verschiedene Fragen allgemeiner Natur; insbesondere ermächtigten sie den Oberbürgermeister, den obligatorischen Schulbesuch in Fällen, wo dies für gewisse Schüler von den Schulleitern vorgeschlagen wird, für ein weiteres Jahr zu verlängern.

Schüler, für welche dieses zusätzliche Schuljahr von den Schulleitern nicht empfohlen wird, können die Schule entweder verlassen oder sie weiter besuchen.

Der Lehrplan für dieses zusätzliche Jahr wird den praktischen und theoretischen Lehrplan umfassen, in welchem die Kenntnisse der Schüler besondere Lücken aufweisen.